

Rückblick 2009: **Die Macht der Milchbäuerinnen und -bauern ist die Marktmacht der Milch**

von Friedhelm Stodieck

Für eine nachhaltige und fair entlohnte Landwirtschaft! Unter diesem Motto stand die Rede, die Bundespräsident Horst Köhler anlässlich des Erntedankfestes 2009 vor dem Hintergrund der „um ihre Existenz kämpfenden Milchbauern“, für die er – von Einzelfällen abgesehen – seine Sympathie äußerte, hielt. Sie ist nur *ein* Beispiel dafür, dass es die Milchbauern und -bäuerinnen mit einer Vielzahl von Aktivitäten und Aktionen waren, die – wie schon mit dem Milchstreik im Jahr 2008 – auch im Jahr 2009 die agrarpolitische Diskussion bestimmt haben. Sie haben sich Gehör und in vielen Bereichen Anerkennung verschafft. Und sie haben es in diesem Jahr erreicht, dass eine Auseinandersetzung über zukunftssichernde Politikansätze einer nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft (am Beispiel der Milchviehhaltung) zunehmend auch in nicht-landwirtschaftlichen Organisationen bis hinein in die Unterhaltungsmedien stattgefunden hat. Immer zahlreicher und lauter werden die – sich auch zunehmend vernetzenden – Stimmen, die einen „grundlegenden Wandel“ des herrschenden Agrarsystems, bei den Konzepten und Maßnahmen einfordern (1). Das zeigte sich auch im Rahmen des Bundestagswahlkampfes, der zwar ganz im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise, im Zeichen von Staatsschulden und Steuerdebatten stand, angesichts der Breite und Vielfalt der „Milch-Bewegung“ aber auch für manch ein wahltaktisch motiviertes Zugehen auf die Bäuerinnen und Bauern seitens der Politik gut war. Und es gab kaum eine agrarpolitische Äußerung, in der nicht Stellung bezogen werden musste zu der zentralen Forderung der Bauern und Bäuerinnen nach einer flexiblen Mengensteuerung bei Milch. Im Ergebnis ist jedoch nicht nur Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner im Amt geblieben, sondern auch an der grundsätzlichen Ausrichtung der Agrarpolitik wird, wenn man den Koalitionsvertrag und die ersten Maßnahmen der neuen schwarz-gelben Bundesregierung zugrunde legt, (noch) festgehalten: Marktliberalisierung und Wachstum, jetzt noch ergänzt durch die Agro-Gentechnik.

**Grundlegender
Wandel des Agrar-
systems gefordert**

Milch – Markt – Macht

Ein erstes Ausrufezeichen setzte im „Jahr der Milchbauern und Milchbäuerinnen“ im Januar der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) mit einem im Rahmen der Grünen Woche in Berlin veranstalteten Symposium mit 2.500 Milchbauern und -bäuerinnen unter dem program-

**Existenzsorgen
und
Entschlossenheit**

matischen Titel „Märkte gestalten statt Krisen verwalten“. Die Botschaft lautete: „Die Milchviehalter werden auch dieses Jahr nicht aufgeben und weiter mit allen Mitteln für ihre Sache kämpfen.“ Was folgte war eine über Monate – bis hin zum erneuten Milchstreik im September (2) und darüber hinaus – reichende Folge von zahlreichen Aktionen und Aktivitäten. In deren Verlauf wurde die Forderung nach kostendeckenden, fairen Preisen durch eine flexible Mengensteuerung bis in den letzten Winkel der Republik getragen. Mit im Einzelfall bis zu 10.000 Teilnehmern brachten die Milchbauern und -bäuerinnen in hunderten von Aktionen, häufig auch Wahlkampfveranstaltungen der Parteien nutzend, ihre Existenzsorgen, aber auch ihre Entschlossenheit zum Ausdruck. Sie machten Treckerdemos durch Innenstädte, „besuchten“ die Agrarminister und Agrarministerinnen von Bund, Ländern und der EU bei ihren Treffen, blockierten Molkereien, Discounter und Grenzübergänge, sammelten Unterschriften, veranstalteten Aktionstage. Sie protestierten vor den Staatskanzleien der Bundesländer, denn die Landesregierungen erweisen sich – nicht zuletzt über den Bundesrat – immer wieder als die größten Verweigerer von notwendigen Änderungen. Und schließlich kam es zur ersten europäischen Schlepper-Demo quer durch Europa, die nach einer Woche mit circa 1.000 Schleppern beim EU-Agrarministerrat in Brüssel endete.

Breite gesellschaftliche Unterstützung

Immer wieder suchten die Milchbauern und -bäuerinnen auch den Kontakt zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. So riefen beispielsweise der BDM, der Bund Naturschutz Bayern, die AbL, der Landesverband Bayerischer Imker und die Aktion „Zivil Courage“ unter dem Titel „Die Globalisierungsstrategie ist gescheitert – für den Erhalt der ländlichen und regionalen Strukturen“ gemeinsam zu einer Demonstration in München auf. Neben der Milchpolitik stand bei den circa 1.000 Teilnehmern auch das gemeinsame Eintreten für eine Welt ohne Patente auf Leben im Vordergrund.

**Neues
Aktionsbündnis**

Ein deutsches Aktionsbündnis aus rund 30 Organisationen und Netzwerken (3) forderte im März eine Neuausrichtung der europäischen Milchmarktpolitik. Unter dem Motto „Stoppt das Milchdumping“ wurden binnen weniger Tage circa 20.000 Unterschriften gesammelt für die Forderungen, den seit Ende Januar von der EU mit Steuergeldern subventionierten Export von Milchprodukten sofort abzuschaffen und die europäische Milchproduktion am Bedarf auszurichten. Diese Vorschläge richteten sich im Vorfeld eines Treffens des EU-Agrarrats an Ilse Aigner und Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul. Während Aigner die Übergabe der Unterschriften durch das Aktionsbündnis ablehnte, nutzte Wiecek-Zeul den Pressetermin für deutliche Worte: „Exportsubventionen verzerren Märkte. Es hat im Januar keinen Beschluss im Bundeskabinett gegeben, der Wiedereinführung der Exportsubventionen zuzustimmen.“ Es war das Landwirtschaftsministerium unter Aigners Federführung, das in Brüssel zugestimmt hatte. Wiecek-Zeul begrüßte die Aktion der Verbände und die kritische gesellschaftliche Debatte um die Legitimität von Exportsubventionen.

**Kühe an Minister
verschenkt**

Im Rahmen eines Molkerei-Aktionstages des BDM versammelten sich im April insgesamt rund 20.000 Milcherzeuger bundesweit vor fast 80 Molkerei-Standorten und riefen die Verantwortlichen in den Molkereien dazu auf, „eine gemeinsame Lösung der Milchmarktproblematik anzustreben.“ Nur wenig später fand der Europäische Aktionstag der im European Milk Board (EMB) zusammengeschlossenen Verbände statt. In den beiden deutschen Demonstrations- und Kundgebungsorten kamen insgesamt rund 13.000 Milchbauern und Bäuerinnen zusammen (Stuttgart 10.000, Hannover 3.000) und verschenkten je fünf Kühe an die jeweiligen Landesagrarminister Peter Hauk (CDU) und Hans-Heinrich Ehlen (CDU) – nach dem Motto „Wir können die Tiere bei diesen Milchpreisen nicht länger versorgen. Wenn Ihr uns immer erzählt, dass das möglich wäre, dann macht es bitte selbst und zeigt uns, wie das geht“.

In dieser Zeit beurteilen 71 Prozent der Bauern die Milchpolitik der Bundesregierung als „schlecht“. Das ergibt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS-Infratest im Auftrag des BDM. „Eher schlecht“ sagen 20 Prozent, „gut“ ein Prozent, „sehr gut“ 0,2 Prozent und „weder gut noch schlecht“ acht Prozent. Auf die Frage, welches System für den Milchmarkt sich die Befragten wünschen würden, entschieden sich 61 Prozent für die Option „selbstverwaltete Milchquote“, 15 Prozent für eine „staatliche Milchquote“, neun Prozent favorisierten eine „Men-

gensteuerung durch Molkereien“ und nur vier Prozent wünschten sich eine „vollständige Liberalisierung des Milchmarktes“ (fünf Prozent „sonstiges“, sechs Prozent machten keine Angaben).

Bäuerinnen treten in den Hungerstreik

Eine besondere Aufmerksamkeit erzielten die Milchbäuerinnen. Nachdem insgesamt 800 Bäuerinnen im April unter dem Motto „Die Milchpreise rauben uns den Schlaf“ bereits eine Nacht vor den Regierungssitzen in München, Stuttgart, Düsseldorf und Kiel campiert hatten, zogen sie im Mai vor das Bundeskanzleramt in Berlin. Sieben Tage und sechs Nächte verbrachten Milchbäuerinnen aus dem gesamten Bundesgebiet durchgehend vor Kanzleramt und Reichstag. Täglich waren rund 200 bis 250 Bäuerinnen vor Ort. Nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Gespräch verweigerte, traten fünf von ihnen in einen Hungerstreik. Mit dieser Aktion gelang es den Bäuerinnen, das Thema Milch zu einem Top-Thema in den Medien zu machen und die Ursache der Misere, das Überangebot an Milch, ins allgemeine Bewusstsein zu rücken.

Angesichts der großen Resonanz auf die Bäuerinnen-Aktionswoche in Berlin lud eine Woche später die Kanzlerin Milchbäuerinnen ins Kanzleramt ein. Dabei wurden nicht nur Bäuerinnen des BDM und der AbL eingeladen, die die Bäuerinnen während der Aktionswoche unterstützt hatten, sondern auch Vertreterinnen des Deutschen Landfrauenverbandes. Die Kanzlerin sagte den Bäuerinnen zu, auf dem bevorstehenden EU-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs die Notwendigkeit von kurzfristigen mengenwirksamen Maßnahmen anzusprechen.

**Hungerstreik
vor dem
Kanzleramt**

Freiwillige Mengestillegung gegen Vergütung abgelehnt

Im August stellte der BDM das Konzept der „Freiwillig verpflichtenden Mengestillegung gegen Vergütung“ (FMS) vor. Dieses sah vor, dass durch eine Vereinbarung zwischen Molkereiwirtschaft, Milcherzeugern und Politik den Milcherzeugern das Angebot gemacht wird, gegen einen finanziellen Anreiz im laufenden Milchwirtschaftsjahr bis zu zehn Prozent der einzelbetrieblichen Quote begrenzt für ein Milchwirtschaftsjahr stillzulegen. Der finanzielle Anreiz sollte umgerechnet zwischen 18 und 20 Cent je stillgelegtes Kilogramm Milchquote betragen und von den Molkereien gezahlt werden, also letztlich von der Gesamtheit der Milcherzeuger, wobei die Last durch die preisanhebende Wirkung der Mengerrückführung an den Bedarf mehr als aufgehoben worden wäre. Die Politik war allein an dem Punkt gefordert, dass die freiwillig nicht erfüllten Quoten aus der Verrechnung von Unter- und Überlieferungen herausgenommen werden sollten, damit nicht die stillgelegten Quoten von anderen Betrieben einfach ausgemolken und damit der Mengeneffekt der Maßnahme ausgehebelt worden wäre. Der BDM schätzte, dass damit bundesweit eine Marktentlastung von fünf Prozent weniger Milch hätte erreicht werden können. Das Modell wurde zwar von den Medien überwiegend positiv aufgegriffen, doch von der Molkereiwirtschaft wie auch vom Deutschen Bauernverband abgelehnt.

**Freiwillige
Mengen-
rückführung ...**

Als Folge des öffentlichen Drucks, den die vielen Aktionen der Milchviehhalter des BDM aufgebaut hatten, und angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen konnte die Bundeskanzlerin nicht mehr anders als erneut zu einem Milchgespräch im Oktober ins Kanzleramt einzuladen, diesmal jedoch gezielt die (männlichen) Spitzen der Verbände BDM und DBV. Anschließend sprach der BDM von einem „konstruktiven Spitzengespräch“. Die Kanzlerin habe signalisiert, die nationalen Handlungsspielräume nutzen zu wollen. Nationale Möglichkeiten wären zum Beispiel die Quotenaufstockung „einzufrieren“, die Saldierung zu beschränken und den Umrechnungsfaktor auf europäisches Niveau anzugleichen. Wie erwartet habe sich der Bauernverband jedoch allen Maßnahmen auf nationaler Ebene, die geeignet wären, den Milchmarkt in ein Marktgleichgewicht zu bringen, verweigert.

**... Bauernverband
und Molkereien
machen nicht mit**

Der Wähler wird wählerisch

Die Bundestagswahl im September führt zu einer schwarz-gelben Koalition unter Führung von Kanzlerin Angela Merkel. Zugrunde liegt dem ein in mehrererlei Hinsicht als „historisch“ bezeichnetes Wahlergebnis: Die Union (CDU/CSU) verliert an Zustimmung und landet mit 33,8 Prozent im Stimmentief und die CSU in Bayern mit für sie katastrophalen 42,6 Prozent auf ihrem histori-

schen Tiefststand, ebenso wie die SPD, die bundesweit „erdrutschartig“ auf 23 Prozent abstürzt, während Grüne (10,7 Prozent), Linke (11,9 Prozent) und FDP (14,6 Prozent) ihr jeweils bestes Ergebnis aller Zeiten erzielen.

Der Union laufen die Bauern und Bäuerinnen weg

Eine Erklärung für die Verluste von CDU/CSU lautet: Der Union laufen die Bauern und Bäuerinnen weg. So kommt die Forschungsgruppe Wahlen in ersten Wahlanalysen zu dem Ergebnis, dass die CDU/CSU in dieser Zielgruppe gegenüber der letzten Bundestagswahl rund sieben Prozent eingebüßt hat und damit bei den Bauern und Bäuerinnen deutlich mehr verloren hat als im Bundestrend (-1,4 Prozent). Offensichtlich, so die Forschungsgruppe, haben die Bauern ihre Unzufriedenheit über die schlechten Preise und den unklaren Kurs in der Milchpolitik vor allem bei der Union abgeladen. Das zeigt sich insbesondere in Bayern oder auch Baden-Württemberg. „Unmut, Wut und Unzufriedenheit“ hat der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer insbesondere bei den Milchbauern wahrgenommen und zielt damit auf den Milchlieferboykott und die anderen Aktivitäten des BDM, der die Bauern und Bäuerinnen dazu aufgerufen hatte, den Wahltag zum Zahhtag zu machen. Eine Umfrage für den BDM im Vorfeld der Wahl hatte bereits ergeben, dass nur noch 23 Prozent seiner Mitglieder CDU oder CSU wählen würden. So fuhren auch Landwirtschaftsministerin Aigner und der Parlamentarische Staatssekretär im BMELV Gerd Müller (beide CSU) in ihren Wahlkreisen deutliche Verluste ein.

Unzufriedene Bauern – schlecht für CDU/CSU

Vergebens umworben

Dabei hatte die Union in diesem Wahlkampf in schon lange nicht mehr gekanntem Ausmaß die Bauern umworben. Großflächenplakate mit Ministerin Aigner versprachen eine „Zukunft für unsere Bauern“. Noch kurz vor der Wahl lud Kanzlerin Merkel zu einem weiteren Milchgipfel und die CSU erklärte, dass für sie „eine wichtige Bedingung für die Bildung einer neuen Regierung“ sei, „dass die bäuerliche Landwirtschaft erhalten bleibt“ und „das Thema Milchwirtschaft nicht nur formal zur Chefsache erklärt wird“. Ferner sei ein „regionales Selbstbestimmungsrecht“ über den Anbau gentechnisch veränderter Produkte notwendig. Weder Verbraucher noch Landwirte wollten gentechnisch veränderte Produkte.

Genutzt hat diese „Schaumschlägerei“, so ein BDM-Vertreter, nicht. Die Bauern und Bäuerinnen haben der Union zahlreich den Rücken gekehrt – wie schon bei der Europa- und der letzten Landtagswahl, bei der die CSU bereits bis zu 50 Prozent ihrer Wähler bei den Bauern und Bäuerinnen verloren hatte. „Dieses Milieu bröckelt“, so ein CSU-Vertreter. Für Seehofer auch Ausdruck „grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen“. Und die Wahlanalysen geben ihm recht. Der Wähler wird wählerisch, er ist nicht mehr so gebunden wie früher. Die Stammwählerschaft insbesondere der sogenannten großen Volksparteien bricht weg. Die Parteien werden für ihre konkrete Arbeit und nicht für ihre wohlgesetzten Worte und Programme belohnt oder abgestraft. Die unterschiedlichen Interessen des ländlichen Raums und in der Landwirtschaft werden eben nicht (mehr) 1:1 durch die Unionsparteien (und den Bauernverband) abgedeckt. Das zeigt sich exemplarisch im Milchbereich, wo die Vorstellungen des DBV und des BDM „konträr“ aufeinandertreffen. Abgewandert sind die Bauern in erster Linie in Richtung Nichtwähler, Grüne und FDP. Zumindest wenn man in Regionen schaut, in denen Bauern und Bäuerinnen ihre Interessen selbst in die Hand genommen und artikuliert haben, wie zum Beispiel in den BDM-Hochburgen Süddeutschlands. Dort stehen den Verlusten der Union (und auch der SPD) über dem Bundesdurchschnitt liegende Gewinne der sogenannten „kleinen“ Parteien gegenüber.

Stammwählerschaft bricht weg

Der Koalitionsvertrag: ein „Weiter so“ plus Agro-Gentechnik

In den Koalitionsverhandlungen traf dann der von CDU und CSU gemeinsam in ihrem Wahlprogramm für den Bereich Landwirtschaft propagierte „Weg der Marktorientierung“ und der „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ auf die FDP, die eine „marktwirtschaftliche Umorientierung“ der Agrarpolitik zugunsten einer „unternehmerischen Hightech-Landwirtschaft“ einfordert, wozu auch der Einsatz der Agro-Gentechnik gehört. In der Arbeitsgruppe Landwirtschaft der Koali-

tionsverhandlungen habe es – laut Medienberichten – massive Unstimmigkeiten zwischen der CSU auf der einen Seite und der CDU und FDP auf der anderen Seite zum Thema Milch gegeben. Bereits im Wahlkampf hatte die CSU der FDP vorgeworfen, sie setze „nur auf den Markt“. Und sie hatte Forderungen nach einer wirksamen Milchquote, nach mengenwirksamen Maßnahmen im Milchmarkt erhoben, die die FDP als Vertreterin eines „freien Marktes“ jedoch ablehnt.

„Sofortprogramm“ für Grünlandmilch angekündigt

Im Ergebnis sieht die schwarz-gelbe Regierung in ihrem Koalitionsvertrag (siehe Anhang) die Weichen für den Quotenausstieg 2015 gestellt. Aufgrund der „derzeitigen Marktlage“ will sie sich jedoch weiterhin für ein Aussetzen der auf EU-Ebene beschlossenen Quotenerhöhung einsetzen und den Anpassungsprozess bis 2015 „durch geeignete Maßnahmen“ flankieren. Ferner wird „aufgrund der krisenbedingt aktuell schwierigen Einkommenssituation“ ein Sofortprogramm angekündigt, das Ministerin Aigner im November der Öffentlichkeit vorstellt – vorbehaltlich der Abstimmung mit den anderen Ressorts, den Ländern und Verbänden.

Danach soll das im Koalitionsvertrag angekündigte Grünlandmilchpaket über ein dreistufiges Maßnahmenbündel umgesetzt werden:

Erstens werden zwei neue Beihilferegulungen für Milcherzeuger eingeführt:

- Eine Grünlandprämie für Milcherzeugungsbetriebe mit Grünland für die Jahre 2010 und 2011. Die Prämienhöhe wird voraussichtlich bei circa 37 Euro/Hektar Grünland liegen. Hierfür sind 2010 und 2011 jeweils 113 Millionen Euro vorgesehen (zwei Millionen Euro EU-Mittel und 111 Millionen Euro Bundesmittel).
- Eine Kuhprämie in Höhe von circa 20 Euro je Kuh für Milcherzeugungsbetriebe für die Jahre 2010 und 2011. Die Maßnahme wird als De-minimis-Beihilfe gewährt, so dass hier die Obergrenze für diese Beihilfen (7.500 Euro innerhalb von drei Jahren) Anwendung findet. Dafür sind 2010 85 Millionen Euro und 2011 75 Millionen Euro vorgesehen.

Zweitens soll der Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung in den Jahren 2010 und 2011 über die bereits im Koalitionsvertrag vorgesehene Erhöhung von jeweils 100 Millionen Euro hinaus um weitere Mittel (nachzeitigem Stand: rund 100 Millionen Euro 2010, rund 14 Millionen Euro 2011) aus dem Grünlandmilchprogramm aufgestockt werden. Und *drittens* ein mit 50 Millionen Euro ausgestattetes Krisenliquiditätsprogramm, welches an das bereits im laufenden Jahr angebotene Liquiditätshilfeprogramm des Bundes (25 Millionen Euro) anschließen soll.

Nur ein „symbolischer Akt“

Doch mit diesem Programm sind die Probleme der Milchbauern und -bäuerinnen nicht gelöst. Das Sofortprogramm sei ein „symbolischer Akt“, heißt es bei der AbL. Wenn die deutschen Bauern im Jahr 28 Milliarden Liter Milch melken und nun in einem Jahr 250 Millionen Euro Grünland- und Kuhprämie erhalten, dann bedeutet das pro Liter einen höheren Erlös von gerade mal einem Cent pro Liter Milch. Damit ist den Milcherzeugern bei Milchpreisen zwischen 20 und 30 Cent und notwendigen kostendeckenden 40 Cent nicht geholfen. Das sieht auch der Vorsitzende des BDM Romuald Schaber so. Zwar werde zur Krisenbewältigung mit insgesamt 750 Millionen Euro viel Geld eingesetzt, „leider aber nicht zur Beseitigung der Ursachen der Milchmarktkrise, sondern nur zur Abfederung der Auswirkungen der Krise“, die durch eine „falsche Milchpolitik erst entstanden sind“. Eine Marktentlastung bringe allen Milcherzeugern eine deutlich höhere Wertschöpfung und sei weit besser in der Lage, die bereits entstandenen Verluste in Milliardenhöhe auszugleichen als jede Prämie oder Liquiditätshilfe. „Wäre man den kostenneutralen Forderungen der protestierenden Bauern nach marktentlastenden Maßnahmen gefolgt statt sie jetzt mit finanziellen Hilfen ruhig stellen zu wollen, hätte man eine große und schnelle Wirkung erzielt und gleichzeitig viel Geld sparen können“, so Schaber. Nach Berechnungen des Europäischen Rechnungshofes wurden allein 2007 4,5 Milliarden Euro Unterstützungsleistungen an die europäischen Milchviehhalter gezahlt. Eine nachhaltige Milchpolitik der Mengensteuerung könnte Einsparungen von mehreren 100 Millionen Euro Steuergeldern pro Jahr in Deutschland ermöglichen.

**Regierung plant
Förderung der
Grünlandwirtschaft ...**

**... aber keine
Bekämpfung der
Ursachen der
Milchmarktkrise**

**Ein Doppelpack
gegen höhere
Milchpreise**

Dass sich an der Ausrichtung der Agrar- respektive Milchmarktpolitik mit diesem Sofortprogramm nichts geändert hat, zeigt auch ein Blick auf die andere Seite des von der Ministerin als „Doppelpack“ verkauften Maßnahmenbündels. Dort stehen „die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Strukturverbesserung“: Investitionsförderung (Wachstum), Stärkung der Exportförderung und Verbesserung der Molkereistruktur. Einer Stärkung der Marktteilnehmer „Milchbauern und -bäuerinnen“, einer Verbesserung der Milchpreise steht das direkt entgegen. Es trifft sich aber mit den Forderungen, die beispielsweise der bayerische Genossenschaftsverband aufstellt: die Weichen in einen freien Milchmarkt sind gestellt, die Milchquote auf europäischer Ebene wird definitiv auslaufen und jetzt muss der Staat die verlässlichen Rahmenbedingungen setzen, damit die Milchwirtschaft die Chance zum Strukturwandel bekommt (4).

Marktgläubigkeit oder Marktgestaltung?

**„Vom ‚freien‘
Markt kann keine
Rede sein.“**

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung rufen im Herbst 2009 rund 30 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen unter der Überschrift „Marktgestaltung statt Marktgläubigkeit oder Marktvereinnahmung“ zu einer zukünftig verantwortungsvolleren Marktgestaltung auf. In ihrer Resolution (5) heißt es unter anderem: „Die aktuelle Weltwirtschaftskrise wurde durch Spekulationen der Investmentbanken ausgelöst. In ihrer Dimension und Wirkmächtigkeit wurde sie aber erst möglich durch die Marktgläubigkeit der Wissenschaft und der Politik sowie durch die Tendenz, im Namen der Marktfreiheit ungleiche Freiheiten für die Marktteilnehmer zu erzeugen.“

In Statements von Agrarökonominnen dazu wird behauptet, „die Milchbranche“ sei „im freien Markt angekommen. Zur Milchbranche gehören die Milchbauern. Diese befanden und befinden sich nach wie vor in einem massiven Abhängigkeitsverhältnis. Sie bekommen einen Milchpreis einseitig und rückwirkend von den Molkereien überlassen. Vom ‚freien Markt‘ kann daher keine Rede sein. Die Modellvorstellung von polypolistischen Anbieterstrukturen [viele Anbieter mit jeweils kleinen Marktanteilen; d. Red.], die auf eine große Zahl von Nachfrager treffen, hat nichts mit der Praxis gemein. Im Milchsektor liegen stufenförmig angelegte Strukturen vor. Die dort Beteiligten divergieren in Bezug auf ihre Anzahl und ihre Umsatzstärke enorm: Circa 100.000 Milchbauern stehen rund 100 Molkereien und diesen wiederum wenige Handelsketten gegenüber. Die Milchbauern sind in dieser Struktur abhängige Rohstofflieferanten.“

Die Unterzeichner/innen fordern daher:

**Die Falschen
werden bevorzugt**

- eine verantwortungsvolle realitätsnahe Marktgestaltung, durch die die Wiederaufstellung der Landwirte als gleichwertige Marktteilnehmer möglich wird,
- die Aufgabe der statischen Vorstellung vom Markt als Preisfindungsmechanismus, die mit der Auffassung einhergeht, sich in die Preisentstehung nicht „einzumischen“ – Märkte sind dynamisch und daher ständig zu regeln,
- das Ende der Bevorzugung starker Marktteilnehmer, realisiert durch das einseitige Setzen auf eine Economy of Scales (Quantität) ohne das Pendant einer Ökonomie der Kreierung von Neuem (Qualität), wodurch Oligopole immer weiter gefördert werden,
- das Beenden der Bevorzugung immer erfolgreicherer einzelbetrieblicher Effizienz bei gleichzeitigem Abwälzen der Folgekosten auf die gesamte Gesellschaft,
- die Beendigung der derzeitigen Form des Welthandels mit Agrarprodukten unter Berufung auf das Modell der komparativen Kostenvorteile, wofür in der Praxis die Voraussetzungen fehlen und wodurch es zum ungleichen Handel zugunsten der Industrieländer kommt mit den unverantwortlichen Folgen der Zerstörung der Subsistenzstruktur in diesen Ländern. 70 Prozent aller Hungernden der Welt sind Kleinbauernfamilien und Landarbeiter!

Verantwortungsvolle Marktgestaltung bedeutet nicht „Mehr Freiheit des Marktes“, sondern „Mehr Freiheit ALLEN Marktteilnehmern.“ Die Unterzeichner appellieren an alle, die immer wiederkehrenden Statements von der „Freiheit der Märkte“ kritisch zu hinterfragen. Dies ist der erste Schritt zur Beendigung der „Regelung der Märkte im Namen der Nichtregelung“. Die Notwendigkeit aktiver Marktgestaltung hat im Frühjahr auch Bundespräsident Horst Köhler mit Blick auf die

Finanz- und Wirtschaftskrise verkündet: „Jetzt erleben wir, dass es der Markt allein nicht richtet. Es braucht einen starken Staat, der dem Markt Regeln setzt und für ihre Durchsetzung sorgt. Denn Marktwirtschaft lebt vom Wettbewerb und von der Begrenzung wirtschaftlicher Macht“ (6).

Regierung „reguliert“ Markt für genmanipulierte Produkte

Dass auch die schwarz-gelbe Bundesregierung offensichtlich eine glühende Verehrerin der „Marktregulierung“ ist, zeigt ebenfalls ein Blick in den Koalitionsvertrag. Ganz unverhohlen wird da für das Produkt eines Großkonzerns geworben (für die genmanipulierte Kartoffel Amflora), indem Unterstützung zur kommerziellen Verwertung zugesagt wird. Die Zulassung und der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen eröffnet Märkte für die Gentechnikindustrie, während gleichzeitig beispielsweise der Marktzugang für traditionelle, standortangepasste Nutzpflanzen erschwert oder gar verhindert wird. Die Frage ist also nicht die nach der Marktregulierung, sondern danach, welche Interessen welcher Marktteilnehmer wie bedient werden.

Und da hat Ministerin Aigner beim EU-Agrarrat im November 2009 eine weitere Antwort gegeben, indem sie in Brüssel erstmals für die Zulassung eines gentechnisch veränderten Organismus (GVO) zum Import als Futter- und Lebensmittel gestimmt hat. Dabei ging es um den GV-Mais MIR604, der ähnlich wie MON88017 in der Vergangenheit für Verunreinigungen in Sojaimporten aus Übersee gesorgt hatte. In letzter Konsequenz geht es um die Frage, welches agrarpolitische Leitbild oder Agrarmodell soll gefördert werden: bäuerlich oder industriell, das „Wachstumsmodell“ (monofunktionale, kostenoptimierte Agrarindustrie) oder das „Europäische Agrarmodell“ (multifunktional, an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet), sonnengestützt oder ölgesteuert (7)?

**Neue Regierung
wirbt für
Gen-Kartoffel**

Die nächste EU-Agrarreform kommt bestimmt

Eine Antwort auf diese Frage muss auch die nächste Reform der EU-Agrarpolitik geben. Die steht zwar erst 2013/2014 an, wird aber jetzt schon in den entsprechenden Bundesministerien und bei der EU-Kommission in ersten Papieren und Sondierungsgesprächen vorbereitet. Dabei könnte die bisherige EU-Agrarpolitik nicht nur angesichts begrenzter finanzieller Mittel unter erheblichen Rechtfertigungsdruck geraten. Im Rahmen der zukünftigen Finanzplanung der EU hat deren Finanzkommissarin Dr. Dalia Grybauskaitė bereits klargestellt, dass die wichtigsten Herausforderungen auf EU-Ebene der Klimawandel, die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Rahmen der Globalisierung sowie die Energieversorgung sind. Bei den EU-Agrarausgaben hatte sie Kürzungen (der Ersten Säule) in die Diskussion gebracht, die dann durch nationalstaatliche Mittel aufgefangen werden könnten.

**EU-Agrarpolitik
unter Recht-
fertigungsdruck**

Ministerium verteidigt möglichst hohe Direktzahlungen

Auch das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) hat bereits zu Beginn des Jahres 2009 ein „Diskussionspapier“ zur Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik an andere Berliner Bundesministerien verschickt (8), um eine abgestimmte Position der Bundesregierung für die anstehenden Verhandlungen auf EU-Ebene zu bekommen.

Zur weiteren Entwicklung von Marktregelungen etwa bei der Milch findet sich keine einzige Überlegung für die Zeit nach 2013 in dem Papier. Es wird lediglich referiert, was auf EU-Ebene zum „Gesundheitscheck“ im November 2008 beschlossen worden ist, wo „zentrale deutsche Anliegen“ wie zuallererst die Einrichtung eines Milchfonds berücksichtigt worden seien. Zur Mengenregulierung formuliert das Papier als ein zentrales BMELV-Anliegen „eine moderate Milchquotenanhebung mit einer Überprüfung der Marktsituation in den Jahren 2010 und 2012“. Und weiter: „Eine Verlängerung des Quotensystems, welche wiederholt geprüft wurde, ist nicht zu erwarten. Dies haben die Beschlüsse zur Gesundheitsüberprüfung, aber auch die ablehnende Haltung des Bundesrates in seiner Sitzung am 7. November 2008 zu produktionsbegrenzenden Maßnahmen gezeigt.“ Deshalb müssten sich Erzeuger und Molkereien „jetzt auf einen liberalisierten Milchmarkt ab 2015 einstellen“. Als Unterstützung bietet das Papier nur „den Einsatz der zusätzlich modulierten Mittel zur Abfederung des Milchquotenausstiegs“ an, wobei diesen Mitteln das

**BMELV:
Verlängerung der
Milchquote
unwahrscheinlich**

Ziel zugewiesen wird, die „Marktposition (Nr. 1 in der EU) zu behalten und mit qualitativ hochwertigen Milcherzeugnissen gegenüber der Konkurrenz wettbewerbsfähig zu bleiben“. Mit diesen Aussagen widerspricht das Papier dem damaligen Versuch von Ministerin Aigner im EU-Agrartrat, die bevorstehenden Quotenerhöhungen im Rat erneut zu diskutieren und letztlich zu verschieben, solange das Marktgleichgewicht nicht wiederhergestellt ist.

Hauptanliegen des BMELV-Papiers ist es, die Bundesregierung auf die Verteidigung möglichst hoher Direktzahlungen in einer weiterhin von der Zweiten Säule getrennten Säule zu verpflichten. Das BMELV sieht zwar die Notwendigkeit, agrarpolitische Instrumente weiterzuentwickeln, aber Entwicklungsbedarf sieht es eher bei der Zweiten Säule. Die Direktzahlungen der Ersten Säule sollen „als flächenbezogene Grundvergütung (pauschale Vergütung) so hoch wie möglich erhalten werden“, so das Papier. Dabei geht es dem BMELV offenbar nicht nur um die Gesamtsumme, die an Direktzahlungen nach Deutschland geht; das Ministerium will auch verhindern, dass die Direktzahlungen irgendwie differenziert werden – sie sollen pauschal je Hektar gezahlt werden, egal, was auf den Flächen passiert. Als Begründung für die Direktzahlungen an sich werden zwar „berechenbare Leistungen der Landwirtschaft für die Allgemeinheit sowie im internationalen Vergleich höhere Anforderungen an die Landwirtschaft (Produktionsstandards)“ genannt. Aber eine Differenzierung nach dem Umfang dieser Leistungen, die die verschiedenen Betriebe für die Allgemeinheit leisten, oder nach Umfang der Auflagen, die sie berücksichtigen müssen, lehnt das BMELV ab. Ob ein Betrieb im eher benachteiligten Gebiet oder in der Börde wirtschaftet, ob er überhaupt Tiere hält oder nicht, ob er also überhaupt Tierschutzstandards einhalten muss oder nicht, all das soll bei den Direktzahlungen unberücksichtigt bleiben. In der Zweiten Säule betont das BMELV-Papier vor allem die „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe“, insbesondere die Investitionsförderung. Die müsste „in dem Maße an Bedeutung gewinnen, wie die Markt- und Einkommenspolitik auf Liberalisierung und Stützungsabbau setzt“.

**Direktzahlungen
ohne
Gegenleistung?**

Studie der Deutschen Bank: Begünstigte der EU-Agrarausgaben überprüfen

Dass die Anforderungen an die zukünftige EU-Agrarpolitik ganz woanders liegen, das kann das Bundesministerium nicht nur bei den Mitgliedsverbänden des Agrarbündnis erfragen, sondern beispielsweise auch in einer Studie der Deutschen Bank nachlesen (9), die zur Lösung der Hunger- und Armutprobleme in der Welt auf eine kleinbäuerliche Landwirtschaft setzt und für die EU-Agrarpolitik unter anderem folgende Hinweise bereithält:

- Begünstigte der (EU-) Agrarausgaben überprüfen. Die meisten Ausgaben erfolgen noch nicht gezielt und begünstigen in hohem Maße die wettbewerbsfähigsten und intensivsten Sektoren und Bauern.
- Die Umweltprobleme angehen, die durch die derzeitige, nicht nachhaltige Produktion entstehen: Bodendegradation, Verlust an Biodiversität, zu starke Nutzung von Wasser und Umweltverschmutzung, Treibhausgasemissionen. Mehr Unterstützung für traditionelle Anbaumethoden, die weniger Chemikalien verwenden und in der Regel mit einer hohen Biodiversität einhergehen: Bauern für guten Umgang mit dem Land belohnen.
- Eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser und Biodiversität) und die Bewahrung gesunder Agrosysteme sind von entscheidender Bedeutung, um die landwirtschaftliche Produktivität und die langfristige Lebensmittelsicherheit in der EU zu bewahren.
- Durch den Export von Lebensmitteln, deren Erzeugung subventioniert wurde, schmälern die Industrieländer die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern. Eine Reform der Agrarsubventionen in der EU und den USA ist von entscheidender Bedeutung.

**Deutsche Bank
setzt auf
Kleinbauern**

Die – für ein Bankinstitut wie die Deutsche Bank – erstaunliche Analyse und mehr noch die Schlussfolgerungen decken sich mit der zentralen Aussage des Weltagrarberichts sowie dem Fazit, das man im World Development Report 2008 der Weltbank nachlesen kann: „Der potenzielle Beitrag der Landwirtschaft zum Wachstum und zur Armutsbekämpfung hängt von der Produktivität der Kleinbauern ab.“

Anmerkungen

- (1) Siehe dazu auch den Rückblick von Reinhild Benning im Kapitel „Natur und Umwelt“ dieses Agrarberichts (S. 169–177).
- (2) Siehe dazu den Beitrag von Marcus Nürnberger in diesem Kapitel (S. 23–16) des Kritischen Agrarberichts.
- (3) Darunter die AbL, Brot für die Welt, Misereor, Bioland, Demeter, Naturland, WWF, Upländer Bauernmolkerei, Oxfam, weed, FIAN, Germanwatch, ProVieh und viele mehr.
- (4) Siehe http://www.gv-bayern.de/Artikel/Presse/Dateien/pk_ware_2009/3_Praesentation_Goetzl.pdf.
- (5) Die Resolution liegt auf der Homepage des Kritischen Agrarberichts www.kritischer-agrarbericht.de zum Download bereit. Unterzeichner sind unter anderen: Prof. Elmar Altvater, Berlin, Prof. Dr. Franz-Theo Gottwald, Schweisfurth-Stiftung München, Prof. Heide Inhetveen, Universität Göttingen, Dr. Niek Koning, Uni Wageningen, Prof. Ilke Marschall, FG Landschaftsplanung an der FH Erfurt, Prof. em. Udo E. Simonis, Wissenschaftszentrum Berlin, Prof. Onno Poppinga und Dr. Katrin Hirte, beide ehem. Universität Kassel.
- (6) „Die Glaubwürdigkeit der Freiheit“; Berliner Rede 2009 von Bundespräsident Horst Köhler am 24. März 2009.
- (7) Dazu siehe die Beiträge von Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf „Sonnenkraftwerk bäuerliche Landwirtschaft“ (S. 43–45) und Onno Poppinga (S. 31) in diesem Kapitel.
- (8) Unabhängige Bauernstimme, April 2009, S. 4.
- (9) Deutsche Bank Research: Lebensmittel – eine Welt voller Spannung, Aktuelle Themen 461, Frankfurt am Main, 25. September 2009.

Autor

Friedhelm Stodieck

ehemaliger Redakteur der Unabhängigen Bauernstimme und Mitglied in der Redaktionsleitung des Kritischen Agrarberichts.



Turmstr. 2
33790 Halle-Eggeberg
E-Mail: kuhsprung@aol.com

Anhang

WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT.

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 17. Legislaturperiode, Oktober 2009 (in Auszügen)

Mit Mut zur Zukunft – Für unser Land. [aus Präambel]

Wir werden uns den Herausforderungen des Klimawandels stellen – national wie auch international. Wir werden Impuls- und Innovationsgeber sein. Wir werden den Umweltschutz mit neuen Technologien verbessern. Wir schaffen mit Investitionen in Zukunftstechnologien neues Wachstum. Die Bürgerinnen und Bürger und der Industriestandort Deutschland brauchen sichere, umweltverträgliche, wettbewerbsfähige und bezahlbare Energie. Dafür braucht unser Land ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das diese Ziele miteinander verbindet. Wir gehen den Weg in das Zeitalter der regenerativen Energie.

Nachhaltiges Wirtschaften und Klimaschutz

[aus Kapitel I – Wohlstand für alle; Pkt. 4)]

4.2. Klimaschutz, Energie und Umwelt

Klimaschutz

Das Prinzip der Nachhaltigkeit prägt unsere Politik. Wir wollen gute Lebensbedingungen für kommende Generationen. Der Klimaschutz ist weltweit die herausragende umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit. Er ist Vorsorge für eine langfristig tragfähige wirtschaftliche und ökologische Entwicklung. Wir sehen Klimaschutz zugleich als Wettbewerbsmotor für neue Technologien. Unser Ziel ist es, die Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen und Deutschlands Vorreiterrolle beim Klimaschutz beizubehalten. International ist vereinbart, dass die Industriestaaten ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um mindestens 80 % reduzieren. Wir werden für Deutschland einen konkreten Entwicklungspfad festlegen und bekräftigen unser Ziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 zu senken. [...]

Wir setzen uns in Kopenhagen für ein weltweites anspruchsvolles Klimaschutzabkommen ein. Dieses soll nach dem Abkommen von Kyoto ein neues Kapitel im internationalen Klimaschutz einleiten. Wir fordern die Schwellenländer auf, mit nachprüfbaren Verpflichtungen ihren Beitrag zu leisten. Wir werden die Entwicklungsländer bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Bewältigung seiner Folgen stärker unterstützen. Bei den Verhandlungen werden wir uns für eine faire Lastenverteilung einsetzen, die vergleichbare Wettbewerbsbedingungen schafft und Produktionsverlagerungen in Länder ohne Klimaschutz verhindert. [...]

Auf EU-Ebene werden wir uns gegen die Einführung von Klimazöllen und CO₂-Abgaben einsetzen.

Der Emissionshandel ist das vorrangige Klimaschutzinstrument. Er soll perspektivisch zu einem globalen Kohlenstoffmarkt ausgebaut werden. [...]

Energiemix

Wir wollen eine ideologiefreie, technologieoffene und marktorientierte Energiepolitik. Diese umfasst alle Nutzungspfade (Strom, Wärme, Mobilität). (...) Wir werden spätestens innerhalb des nächsten Jahres ein neues Energiekonzept vorlegen, das szenarienbezogenen Leitlinien für eine saubere, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung formuliert.

Wir werden die erneuerbaren Energien konsequent ausbauen und die Energieeffizienz weiter erhöhen. Ziel ist es, dass die erneuerbaren Energien den Hauptanteil an der Energieversorgung übernehmen. Auf diesem Weg werden in einem dynamischen Energiemix die konventionellen Energieträger kontinuierlich durch alternative Energien ersetzt.

Erneuerbare Energien

Wir wollen den Weg in das regenerative Zeitalter gehen und die Technologieführerschaft bei den Erneuerbaren Energien ausbauen. Die Potentiale für Innovation, Wachstum und Beschäftigung beim Umbau unseres Energiesystems sind gewaltig. Dazu werden wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien entsprechend den bestehenden Zielvorgaben weiter fördern, das EEG sowie den unbegrenzten Einspeisevorrang erhalten sowie zugleich die Förderung wirtschaftlicher und Einspeisung effizienter gestalten. Unser Ziel ist es, die erneuerbaren Energien so schnell wie möglich markt- und speicherfähig zu machen. Über- oder Unterforderungen sind zu vermeiden.

Dabei erhalten wir die Planungssicherheit für bestehende Anlagen. Wir werden als Sofortmaßnahme die Reduzierung der EEG-Vergütung für modulare Anlagen, die vor dem 1.1.2009 in Betrieb waren, zurücknehmen.

Wir werden mit Wirkung zum 1.1.2012 eine EEG-Novelle auf den Weg bringen, die die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Technologie wahrt. Wir wollen bei der Biomasse-Verstromung organische Reststoffe gegenüber nachwachsenden Rohstoffen stärker gewichten, bessere Rahmenbedingungen für eine ökologisch verträglichere Wasserkraftnutzung sowie für das Repowering von Windkraftanlagen schaffen und Planungssicherheit für die Offshore-Windkraft erhalten. Für virtuelle Kraftwerke, die eine gleichmäßige Versorgung mit erneuerbaren Energien gewährleisten, soll ein Stetigkeitsbonus eingeführt werden. Wir legen künftig im Drei-Jahres-Rhythmus einen EEG-Erfahrungsbericht vor. [...]

Kernenergie

Die Kernenergie ist eine Brückentechnologie, bis sie durch erneuerbare Energien verlässlich ersetzt werden kann. Andernfalls werden wir unsere Klimaziele erträgliche Energiepreise und weniger Abhängigkeit vom Ausland, nicht erreichen. Dazu sind wir bereit, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke unter Einhaltung der strengen deutschen und internationalen Sicherheitsstandards zu verlängern. Das Neubauverbot im Atomgesetz bleibt bestehen. [...]

4.6 Landwirtschaft und ländlicher Raum

Die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Energie sowie der Klimaschutz gehören zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Wir brauchen eine starke und wettbewerbsfähige Land-, Forst-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft in Deutschland. Unsere Betriebe brauchen Planungssicherheit und Perspektiven. Viele Landwirte können sich sehr wohl am Markt behaupten. Dennoch gibt es Regionen mit landwirtschaftlicher Produktion, die einer besonderen gesellschaftlichen Begleitung bedürfen. EU-Vorgaben werden 1:1 in nationales Recht umgesetzt.

Wir wollen eine durch bäuerliche und unternehmerische Betriebsstrukturen gestaltete, flächendeckende Landbewirtschaftung. Unterschiedliche strukturelle und klimatische Produktionsbedingungen rechtfertigen eine weitere gezielte Unterstützung der Landwirtschaft in diesen benachteiligten Regionen. Dabei wird die Verwendung auf der Basis der landwirtschaftlichen Vergleichszahl (LVZ) als zentraler Abgrenzungsmaßstab beibehalten. Unabhängig vom Schutz des geistigen Eigentums wollen wir auf landwirtschaftliche Nutztiere und -pflanzen kein Patentrecht.

Abschluss der WTO-Verhandlungen

Wir treten für einen erfolgreichen und ausgewogenen Abschluss der Doha-Runde ein, der auch das europäische Landwirtschaftsmodell berücksichtigt. Exportsubventionen und Interventionsmaßnahmen sind im internationalen Vergleich abzubauen.

Gemeinsame Europäische Agrarpolitik

Aus Gründen der Verlässlichkeit und Planungssicherheit müssen die EU-Direktzahlungen bis 2013 sicher sein. Wir brauchen auch nach

2013 eine starke erste Säule und eine finanziell gut ausgestattete zweite Säule der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik. Regionen, in denen alternativlos nur Grünlandbewirtschaftung möglich ist sowie besonders benachteiligte Gebiete wie Berg-, Mittelgebirgs- und Steillagen- sowie sensible Grünlandgebiete müssen auch in Zukunft ausreichend bei der Förderung berücksichtigt werden. Die Sicherung des Dauergrünlandes als CO₂-Senke ist ökologisch vorteilhaft und im Interesse der Milchbauern und der gesamten Gesellschaft.

Agrardiesel

Wir werden auf europäischer Ebene auf eine einheitliche Besteuerung des Agrardiesels hinwirken, um die Wettbewerbsnachteile der deutschen Landwirte zu beseitigen. Bis dahin wollen wir die Steuerermäßigung beim Agrardiesel fortführen.

Vermarktungsstrukturen und Marketing

Wir werden schnellstmöglich ein Gesetz zur Abwicklung des Absatzfonds einbringen. Wir werden die Absatzförderung deutscher Agrarprodukte auf internationalen Märkten ausbauen. Dabei gilt es insbesondere, die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen auf Exportmärkten zu unterstützen.

Milchwirtschaft in Deutschland

Die Weichen für das Auslaufen der EU-Milchquotenregelung im Jahr 2015 sind durch verschiedene Reformbeschlüsse auf EU-Ebene gestellt. Unser Ziel ist es, eine wettbewerbsfähige Milchwirtschaft in Deutschland zu erhalten. Aufgrund der derzeitigen Marktlage werden wir uns weiter für die Aussetzung der auf EU-Ebene beschlossenen Quotenerhöhungen einsetzen. Daher sind bis zum Jahr 2015 die notwendigen Anpassungsprozesse durch geeignete Maßnahmen zu flankieren. Wir werden die Mittel aus dem EU-Milchfonds für strukturverbessernde und absatzfördernde Maßnahmen einsetzen.

Aufgrund der krisenbedingt aktuell schwierigen Einkommenssituation werden wir ergänzend folgende Sofortmaßnahmen ergreifen:

- Um aktuell drohende Flächenbrachen und damit verbunden unwiderrufliche Schäden für Natur und Kulturlandschaft zu verhindern wird ein zweijähriges „Grünlandmilchprogramm des Bundes“ in Höhe von insgesamt 500 Millionen Euro aufgelegt.
- Zur Vermeidung von Beitragserhöhungen bei der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV) in der aktuellen Krisensituation wird der Bundeszuschuss in den Jahren 2010 und 2011 um insgesamt 200 Millionen Euro erhöht.
- Für die beiden kommenden Jahre wird für die Landwirtschaft ein Krisen-Liquiditätshilfeprogramm mit Mitteln in Höhe von insgesamt 50 Millionen aufgelegt.

Ökologischer Landbau

Wir stehen für ein gleichberechtigtes Nebeneinander unterschiedlicher Wirtschaftsmethoden von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Wir wollen den ökologischen Landbau insbesondere im Bereich Forschung fördern.

Ehemalige Treuhandflächen

Die Verwertung der Flächen der Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) soll unter verstärkter Berücksichtigung agrarstruktureller Belange zügig vorangebracht und im Wesentlichen bis zum Jahr 2025 abgeschlossen werden. Die gegenwärtige Verkaufspraxis der BVVG wird überprüft. Wir setzen Verbesserungen beim Flächenerwerbsänderungsgesetz im Sinne der Alteigentümer durch.

Zulassung von Pflanzenschutzmitteln

Zum besseren Schutz von Mensch, Tier und Umwelt wird das Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln unter Beibehaltung der geltenden hohen Standards vereinfacht und beschleunigt.

Forstwirtschaft

Das Bundeswaldgesetz wird novelliert. Dabei sind folgende Punkte vorrangig zu regeln: die Verkehrssicherungspflicht, die Definition von Kurzumtriebsplantagen und die Vermarktungsmöglichkeit für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse. Zudem wird die Charta für Holz weiterentwickelt. Bei der Anwendung der Beschaffungsrichtlinie des Bundes wollen wir eine Gleichbehandlung beider Zertifizierungssysteme für Holz. [...]

Grüne Gentechnik

Die Biotechnologie stellt eine wichtige Zukunftsbranche für Forschung, Wirtschaft und Landwirtschaft dar, die bereits weltweit etabliert ist. Deshalb wollen wir die verantwortbaren Potentiale der grünen Gentechnik nutzen. Der Schutz von Mensch und Umwelt bleibt oberstes Ziel des deutschen Gentechnikrechts.

Wir treten für eine stärkere Wissenschaftsorientierung und effiziente Zulassungsverfahren von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf EU-Ebene ein. Wir schaffen die rechtlichen Voraussetzungen, damit die Bundesländer innerhalb eines bundeseinheitlichen Rahmens von Kriterien flexibel eigenständig Abstände festlegen können, die zwischen Feldern mit genetisch veränderten Pflanzen und solchen mit konventionellem oder ökologischem Anbau einzuhalten sind. Beim erlassenen Anbauverbot für die gentechnisch veränderte Maissorte MON810 wird der Ausgang des Gerichtsverfahrens abgewartet. Der Anbau der gentechnisch veränderten Stärkekartoffel Amflora für eine kommerzielle, industrielle Verwertung wird unterstützt.

Um eine für Wirtschaft und Überwachung praktikable Anwendung der im Gemeinschaftsrecht der EU festgelegten Nulltoleranz für nicht in der EU zugelassene GVO zu ermöglichen, werden wir das Gentechnikgesetz und das EG-Gentechnikdurchführungsgesetz ändern. Dort werden wir eine Ermächtigung schaffen, um offizielle Probenahme- und Nachweismethoden festzulegen. Zur Schaffung einer umfassenden Verbrauchertransparenz streben wir eine Positivkennzeichnung (Prozesskennzeichnung) auf europäischer Ebene an.

Tierschutz und Tiergesundheit

Der Tierschutz hat eine zentrale Bedeutung. Wir setzen uns für artgerechte Tierhaltung und -ernährung ein. Wir wollen den Tierschutz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung im Einklang mit der Wirtschaftlichkeit voranbringen. Zur Verringerung von Tierversuchen werden wir die Entwicklung von Ersatzmethoden weiter fördern. Erfolgreicher Tierschutz kann insbesondere auch auf europäischer und internationaler Ebene verwirklicht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Tiertransportzeiten in der EU weiter begrenzt werden.

Ländliche Räume

Wir stehen für starke, lebenswerte ländliche Räume sowie eine gleichwertige Entwicklung von ländlichen Regionen und städtischen Ballungszentren. Wir werden dem verstärkten demographischen Wandel vermehrt Aufmerksamkeit widmen. Wir wollen die Vielfalt der ländlichen Räume erhalten sowie deren Stärken und Wirtschaftskraft fördern. Wir werden dafür insbesondere die Gemeinschaftsaufgaben zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Agrarstruktur sowie weitere Infrastrukturmaßnahmen zur Unterstützung der ländlichen Regionen ausbauen und verstärkt gemeinsam zielorientiert einsetzen.

Wir werden das Landwirtschaftsgesetz in Richtung eines modernen Gesetzes für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum weiterentwickeln und das Ziel einer flächendeckenden, nachhaltigen Landbewirtschaftung in Deutschland festschreiben. Wir werden einen Maßnahmenkatalog zur Reduzierung des Verlusts landwirtschaftlicher Nutzflächen vorlegen und den Verlust landwirtschaftlicher Flächen durch Siedlung, Verkehr oder ökologische Ausgleichsflächenregelungen eindämmen. Das Flächenmanagement für Ausgleichsflächen muss verbessert werden. [...]